

Pester I

Die Budapester Handels- und Gewerkekammer im dritten Kriegsjahre.

Budapest, 15. Mai.

Die Leitung der Budapester Handels- und Gewerkekammer hat kürzlich den Bericht über ihre Tätigkeit im Jahre 1917 veröffentlicht. Die ziemlich umfangreiche Arbeit mit ihren fast alle Gebiete des wirtschaftlichen Lebens behandelnden Referaten dokumentiert die Wichtigkeit des Zusammenschlusses der gemeinschaftlichen Interessen, die ohne eine derartige Zentralisierung bei den heutigen Verhältnissen ihre gerechten Ansprüche nur schwer oder gar nicht geltend machen könnten. Sie zeugt aber auch von dem Bestreben der Leitung, den erhöhten Forderungen der Kriegswirtschaft in möglichst vollkommener Weise nachzukommen. Zu diesem Behufe mußte sich auch die äußere Organisation der Kammer den neuen Verhältnissen anpassen. Um den Erscheinungen des praktischen Wirtschaftslebens auf breiteren Grundlagen Rechnung tragen zu können, hat die Kammer mit den Vertretern aller Wirtschaftsschichten stets enge Fühlung unterhalten, wodurch sie ihre Tätigkeit nicht nur den wirtschaftlichen Problemen der Gegenwart, sondern auch den Fragen des Ueberganges zur Friedenswirtschaft widmen konnte.

Der Bericht über den Handel im dritten Kriegsjahre stellt mit Bedauern fest, daß die Einschränkung des freien Handels in dieser Periode immer größere Dimensionen angenommen hat. Eine der Ursachen dieser fortschreitenden Zentralisierung des Handels war die in weiten Kreisen verbreitete Ansicht, daß für die Lenkung und den Warenmangel hauptsächlich die Kaufmannschaft verantwortlich sei. Wie irrig jedoch diese Annahme war, erwies sich klar, als die nach Ausschaltung des freien Handels im Wege der Zentralen erfolgte Warenversorgung nichts weniger als tadellos funktionierte. Die bei den Zentralen bestehenden Mängel haben die Kammer dazu bewogen, in einem der Regierung unterbreiteten Laborat sowohl die organisatorischen wie die individuellen Fehler dieser Organisationen darzulegen und entsprechende Maßnahmen zur Sanierung der Mängel zu verlangen. Ebenso wurde über die neue Verordnung betreffend den Kettenhandel ein Memorandum ausgearbeitet, das unter Betonung der Notwendigkeit der Verhinderung der unbefugten Geschäfteleien namentlich mit Lebensmitteln gegen jede Einschränkung der Rechte des legitimen Handels Verwahrung eingelegt hat. Die Regierung hat denn auch die Argumente der Kammer voll und ganz gewürdigt. Als eine weitere Folge der handelsfeindlichen Gesinnung kann jene ministerielle Verordnung angesehen werden, auf Grund deren auch die im Hinterlande befindlichen Zivilaufseher in Heereslieferungsprozessen willkürlich der Kompetenz der Militärgerichte unterworfen wurden. Auch zur Behebung dieses Gravamen mußte bei der Regierung eingeschritten werden, was zur Folge hatte, daß diese Prozesse nach und nach den Zivilgerichten übergeben und die neuangestrichelten Klagen in die Kompetenz der letzteren verwiesen wurden.

Einen wichtigen Gegenstand der Fürsorge der Kammer bildete die Frage unseres Außenhandels. Wir bedürfen der Einfuhr vieler wichtiger, im Inlande nicht in genügender Menge vorhandener Artikel, während ein je umfangreicherer Export zur Anbahnung unserer späteren Interessenverbindungen, sowie zur Hebung unserer Valuta notwendig erscheint. Auch hier griff die Kammer mit entsprechenden Maßnahmen helfend ein. Eine alte Klage der Interessenten bildete der Umstand, daß die Gesuche um Ein- und Ausfuhrbewilligungen bei den kompetenten Stellen sehr schleppend erledigt wurden, so daß diese Verzögerung sehr oft zum Schei-

tern des ganzen Unternehmens führte. Es wurde daher an das Handelsministerium eine Eingabe gerichtet, in der die Errichtung einer Import- und Exportkommission vorgeschlagen wurde, die in ihren wenigstens wöchentlich einmal zu haltenden Sitzungen die inzwischen eingelangten Gesuche erledigen soll. Wenn auch die Interessen des ungarischen Handels bei der Zusammenfassung dieser Kommission nicht vollkommen berücksichtigt wurden, ist diese Kommission doch gebildet worden, was eine bedeutende Beschleunigung des Geschäftsganges zur Folge hatte. Mit der Durchführung und Einfuhr der Waren aus Deutschland hatte es auch seine besonderen Schwierigkeiten. Besonders wurde dagegen Klage erhoben, daß die deutsche Regierung die dem Export freigegebenen Erzeugnisse ihrer Industrie bloß dann ausführen läßt, wenn sich der Käufer „eidesstattlich“ verpflichtet, sie bloß innerhalb der Grenzen seines Landes in den Verkehr zu bringen. Ferner darf auf Lager nichts abgegeben werden, sondern die Sendung muß direkt an den Verbraucher adressiert werden. Gegen die Aufhebung dieser den inländischen Transithandel schwer schädigenden Verfügungen wurden von Seiten der Kammer ebenfalls Schritte unternommen. Auch zur Hebung des Exportes wurde von Seiten der Kammer alles aufgeboten, um den Exporteuren über die Schwierigkeiten der Valuta- und Transportmittelbeschaffung, der Liniensperre usw. hinwegzuhelfen. Es wurde die Errichtung einer Ausfuhrzentrale angeregt, die all diese Vorarbeiten erledigen und auch anderweitig, wie durch Eröffnung neuer Exportgebiete, Angabe kurrenter Wechselkurse usw. den Exporteuren an die Hand gehen soll. Es wurde vorgeschlagen, zur Verhütung dieser Ugenen das Ungarische Warenverkehrsbureau entsprechend zu erweitern, da sich diese Anstalt auch bisher bei der Abwicklung unseres Orientverkehrs Verdienste erworben hat.

Die sich stets schwieriger gestaltende öffentliche Verpflegung veranlaßte die Sektion für Ernährungsweisen, im Interesse der Behebung mancher Anzufälligkeiten einzuschreiten. Durch die Zentralisierung der meisten Lebensmittel wurden die Existenzbedingungen des Kleinhandels arg gefährdet, obwohl später in überzeugender Weise nachgewiesen wurde, daß eine anstandslose Verteilung der Lebensmittel nur durch die Wiedereinschaltung des Kleinhandels möglich ist. Entsprechende Vorschläge, die an kompetenter Stelle volle Berücksichtigung fanden, ergaben, daß die Versorgung der Bevölkerung mit Erdäpfeln, Fett und Butter sich weit günstiger als bisher gestaltete. Zur Sicherstellung des nötigen Milchquantums wurde gefordert, daß die Milchprodukte ebenfalls bloß zu entsprechenden Höchstpreisen in den Verkehr gebracht werden dürfen. In den Beratungen bezüglich der Eierversorgung wurde von der Einführung der Eierkarte abgesehen, da dieses System mit der speziellen Lage unserer Eierproduktion unvereinbar ist; hingegen wurde im Einvernehmen mit der Budapester Eierbörse die Errichtung einer Eierverkehrsbureau beschlossen, das denn auch die glatte Eierversorgung des Konsums bestmöglich bestritten hat. Die Jüderversorgung gab besonders von Seiten der mit der industriellen Verarbeitung des Jüders sich befassenden Kreise zu mehrfachen Klagen Anlaß. Während des Krieges wurden zumeist zur unbefugten Erlangung des Jüders zahlreiche Konditoreien errichtet, die den ohnehin geringen Jüdevorrat für sich erwarteten, so daß die früheren alten Jüderwarenfabriken fast mit leeren Händen ausgingen. Es wurde daher von Seiten der Kammer der Jüderzentrale ein Memorandum unterbreitet, in dem unter anderem gefordert wurde, daß die Jüderverteilung im Wege einer aus Mitgliedern der Jüderzentrale, der Gewerkecorporation, sowie der Kammer bestehenden Kommission geschehe und daß dafür gesorgt werde, daß das zur Verfügung stehende Jüderquantum in erster Reihe den schon vor dem Kriege vorhanden gewesenen Konditoreien zukomme.

Die schwere Lage, in die unsere Industrie durch den Krieg gelangte, äußerte sich vornehmlich in dem Mangel an Rohstoffen und Arbeitskräften. Es war daher eine Hauptaufgabe der Kammer, die Beschaffung der Rohstoffe zu erleichtern und die zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte nach Möglichkeit in den Dienst der Industrie zu stellen. Die schwierigen Produktionsverhältnisse hatten naturgemäß zur Folge, daß sich die Preise der Industrieartikel ebenfalls wesentlich erhöhten. Demzufolge wurde der Vorschlag einer entsprechenden Preismaximierung der Industrieartikel erwogen. Die Kammer nahm in dieser Angelegenheit den Standpunkt ein, daß die Preisfixierung nur bei jenen Artikeln erfolgen könne, zu deren Fabrikation die Rohstoffe im Inlande in entsprechenden Mengen und Preisen zur Verfügung stehen und bei denen die Beschränkung des inländischen Konsums in solchem Maße möglich erscheint, daß ein Import vom Ausland entbehrlich ist. Ferner soll sich diese Feststellung von Höchstpreisen bloß auf Gegenstände des allgemeinen Gebrauchs, sowohl auf Halb-, wie auf fertige Fabrikate beziehen und endlich müsse sie auch in Oesterreich eingeführt werden.

Die Finanzsektion wandte ihr Interesse besonders den neuen Steuererforderungen zu. Die Werkerleschen Steuerentwürfe hätten in ihrer Originalfassung den Unternehmensgeist in ungünstigen Sinne stark beeinflusst. Es wurde daher gefordert, daß der progressive Einkommensteuerschlüssel bei jedem Produktionszweige gleichmäßig zur Anwendung komme, da sich sonst der Kaufmannsstand den Agrariern gegenüber stark im Nachteil befände. Ebenso ungerecht erschien das Falllassen des Rentabilitätsprinzips, die Beibehaltung einer ständigen Kriegsgewinnsteuer, sowie der 60prozentige Kriegszuschlag zur Erwerbsteuer dritter Klasse. Ein alle diese Gravamina der Handelswelt zusammenfassendes Memorandum wurde dem Finanzministerium vorgelegt.

Die destruktive Wirkung der Kriegsverhältnisse machte sich besonders bei der allgemeinen Verschlechterung des Transportwesens geltend, die sich in den permanent gewordenen Verkehrseinschränkungen, in dem allmählichen Verfall des Wagenparks und in der starken Abnahme der Transportfähigkeit äußerte. Die fortwährenden Beschwerden veranlaßten die Kammer, Ursachen und Verbesserungsmöglichkeiten des Transportwesens zu untersuchen. In den dem Handelsministerium in dieser Angelegenheit unterbreiteten Laboraten wurde zur Behebung der Verkehrsmisere eine die bessere Ausnutzung der Eisenbahnwaggons und die Verlegung der militärischen Anstalten nach dem Felde näherliegenden Gebieten vorgeschlagen, um die unnötig weiten Pendelfahrten zu ersparen, ferner wurde verlangt, daß wenigstens ein Mitglied des Volksernährungsamtes zur Zentraltransportleitung eingeteilt werde. Die Diebstähle an Postsendungen haben im dritten Kriegsjahre eine erschreckende Höhe erreicht. Fast das Zwanzigfache der Friedensverluste ist zu beklagen, was besonders wegen der schweren Neubeschaffung der meisten Waren einen nicht gutzumachenden Schaden bedeutet. Durch die Besserung der sozialen Lage der Eisenbahnbediensteten, die strengere Beaufsichtigung der Bahnhofsanlagen, die obligatorische Transportversicherung, sowie die

Begleitung der wertvolleren Sendungen, wie sie bei lebenden Tieren erfolgt, könnte diesen Verlusten abgeholfen werden. Auch gegen die neuerliche Tarifierhöhung der Staatsbahnen wurde Einspruch erhoben, da die heutigen Kriegspreise zur Anlegung eines neuen Tarifbaumes nicht geeignet erscheinen und daraus in der Friedenswirtschaft eine große Schädigung des Handels und der Industrie erwachsen würde. Die Kammer verwahrte sich auch gegen die österreichfreundliche Tendenz der Tarifierhöhungen, die durch die Beibehaltung der alten Getreide- und Viehtarife das Gravieren der ungarischen Agrarprodukte nach Oesterreich begünstigt. Der unlichste rasche Ausbau des Budapester Handelshafens bilde als besonders dringende Verfügung ebenfalls Gegenstand eingehender Verhandlungen.

Die sozialpolitische Sektion arbeitete in Angelegenheit der Sperrstunde der Geschäfte, der entsprechenden Besoldung des weiblichen Hilfspersonals in den Gastwirtschaften, der Erhöhung der Krankenversicherungsgrenze der Privatangestellten usw. entsprechende Vorlagen aus, die an kompetenter Stelle volle Berücksichtigung fanden. In dem Berichte wird noch die Tätigkeit der zum Schutze der Außenstände ungarischer Gläubiger in Rumänien errichteten Ungarischen Zentrale der in Rumänien interessierten Gläubiger sowie der Gläubigerzentrale der südböhmischen Okkupationsgebiete (Serbien) gewürdigt, die bereits einen großen Teil der nach vielen Millionen gehenden Außenstände eingebracht haben.

Einige Zahlen beleuchten den Verkehr der einzelnen Ämter der Kammer: Im Jahre 1917 wurden 1216 Zeugnisse für Einfuhrbewilligungen aus Deutschland ausgestellt, 2028 Entschäden in Preistreibeinlagenangelegenheiten erteilt, 683 ausländische und 587 inländische Schutzmarken registriert, 8868 Enthebungsgesuche geprüft und 54 verschiedene Sektions-sitzungen gehalten. Der Stand der volkswirtschaftlichen Bibliothek betrug Ende 1917 85.844 Bände.

Aus dem Berichte erhalten wir ein klares Bild unseres Wirtschaftslebens im Jahre 1917; er wird daher stets ein historisches Dokument des Ringens, aber auch des Durchhaltens des Landes in diesen denkwürdigen Tagen bleiben.

Dr. R. M.